

Beschluss

Niedriginzidenzstrategie für sichere Schulen und gesellschaftliches Leben

Gremium: 54. Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Beschlussdatum: 23.04.2021

Tagesordnungspunkt: TOP 7 V-Anträge

Antragstext

- 1 Seit über einem Jahr zwingt uns das Corona-Virus in einen neuen Alltag. Wir
- 2 haben das Ziel eines "normalen" gesellschaftlichen Lebens fest vor Augen und
- 3 schlagen eine Strategie vor, mit der wir dieses Ziel auch erreichen können.
- 4 Nüchtern betrachtet ist die Situation heute eine ganz andere als noch vor
- 5 wenigen Monaten. Die neu aufgetretenen Mutationen sind ansteckender und
- 6 womöglich tödlicher als das Ursprungsvirus. Die Infektionszahlen steigen in
- 7 Deutschland seit Ende Februar wieder exponentiell an. Der Freistaat Sachsen
- 8 zählt dabei zu den Bundesländern mit der bundesweit höchsten Inzidenz. Die Lage
- 9 in den Krankenhäusern und auf den Intensivstationen verschärft sich dramatisch.
- 10 Das ist besorgniserregend und zwingt uns dazu, unsere Reaktionen auf die
- 11 Pandemie zielgenau neu zu justieren.

- 12 Wir fordern eine neue Strategie in der Corona-Pandemie, die den Schutz von Leben
- 13 und Gesundheit aller Menschen in den Mittelpunkt stellt und neben der
- 14 kurzfristigen Reaktion auf hohe Fallzahlen das Ziel dauerhaft niedriger
- 15 Inzidenzen ins Visier nimmt. Politisches Ziel ist dabei die mittelfristige und
- 16 nachhaltige Öffnung aller Lebensbereiche und die Wiederherstellung der
- 17 bürgerlichen Freiheiten bei gleichzeitigem Gesundheitsschutz aller
- 18 Bevölkerungsteile

- 19 Wir appellieren an die Landesregierung, sich für auch auf Bundes- und EU-Ebene
- 20 für eine Niedriginzidenz-Strategie einzusetzen.

- 21 Mit Blick auf die besorgniserregenden Entwicklungen auf den Intensivstationen
- 22 und täglich mahnender Intensivmediziner*innen, Wissenschaftler*innen sowie des
- 23 Bundesgesundheitsministers schließen wir uns der Empfehlung des RKI an, die eine
- 24 50-prozentige Kontaktreduzierung so schnell wie möglich für mindestens 4 Wochen
- 25 fordert, um eine kurzfristige Überlastung der Intensivstationen zu vermeiden
- 26 [1].

- 27 Ein wirksamer und solidarischer Lockdown muss jetzt alle Bereiche der
- 28 Gesellschaft einschließen. Bewegung und Sport von Kindern, Jugendlichen und
- 29 Familien im Außenraum und auch die Verlagerung von Kinderbetreuung und Schule
- 30 nach draußen sollte dabei besonders berücksichtigt werden. Alle Beschränkungen
- 31 zum Senken der Fallzahlen müssen an deren Wirksamkeit ausgerichtet sein. Dazu
- 32 gehören auch weitere Maßnahmen zur Entzerrung des ÖPNV und eine lebensnahe
- 33 Ausgestaltung der Kontaktregelungen.

- 34 Ziel eines erneuten Lockdowns müssen eindeutig niedrige, stabile Inzidenzen und
- 35 ein dauerhafter R-Wert unter 1 sein, damit Öffnungen begleitet von Tests,
- 36 Kontaktnachverfolgung und den bekannten Hygienemaßnahmen durchgeführt werden

37 können. Die Schulen, Kitas und Bildungseinrichtungen müssen bei Öffnungsschritten
38 Priorität haben.

39 **I. Niedriginzidenz - eine Öffnungsstrategie**

40 Aktuell haben viele Menschen den Eindruck, dass die Maßnahmen der
41 Bundesregierung und der Länder nur noch darauf gerichtet sind, die Wirtschaft
42 ohne unmittelbaren Kundenverkehr auf Kosten der Ladenbesitzer*innen,
43 Kultureinrichtungen, Schüler*innen sowie der persönlichen Freiheiten aufrecht zu
44 erhalten. Dies hat zu einer Ermüdung der Menschen und in Teilen der Bevölkerung
45 zu einer mangelnden Akzeptanz der Maßnahmen geführt.

46 Wir fordern daher eine gesamtgesellschaftliche Strategie zur konsequenten
47 Eindämmung von SARS-CoV-2-Ansteckungen, wie sie in anderen Ländern gelungen ist.
48 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN orientiert sich wie bei der Klimakrise an der Wissenschaft
49 und tritt für eine nachhaltige Niedriginzidenz-Strategie in Sachsen ein. Der R-
50 Wert muss dafür dauerhaft unter 1 sein. Eine zuverlässige Datenlage ist durch
51 die Gesundheitsämter sicherzustellen, Meldeverzug und andere Unsicherheiten sind
52 zu beachten.

53 Solch eine Niedriginzidenz-Strategie ist für Gesellschaft und Wirtschaft im
54 Vergleich zum ständigen Lockerungs-/Schließungs-Jojo vorteilhafter. Es ist noch
55 nicht zu spät, diesen Weg einzuschlagen [2].

56 Diese Strategie soll angelehnt an die No-COVID-Strategie sein, die von der
57 Wissenschaftler*innengruppe unter <https://nocovid-europe.eu> vertreten wird.
58 Kern- und Startpunkt der Strategie müssen niedrige Inzidenzen weit unter 50
59 sein, auf deren Grundlage dann von Tests, optimierter digitaler
60 Kontaktnachverfolgung, konsequenten Quarantäneregelungen sowie den bekannten
61 Maßnahmen von Masken, Abstand und Lüften begleitete Öffnungsschritte gegangen
62 werden können.

63 Innerhalb dieser Strategie treten an die Stelle der einfachen Inzidenz die
64 Begriffe Risikofallzahl und Risikoinzidenz. Diese beziehen sich auf Fälle, deren
65 Ursprung nicht sicher geklärt werden kann und sich somit nicht alle
66 Kontaktpersonen in Isolation begeben können. Wenn es gelingt, diese Fälle auf
67 Landkreisebene nahe null zu halten, sind deutliche Lockerungsschritte möglich.
68 Diese konkrete Betrachtung des Infektionsgeschehens auf der Ebene von
69 Landkreisen und kreisfreien Städten erlaubt auch unter dem Gesichtspunkt der
70 verfassungsrechtlichen Subsidiarität, die ortsspezifischen Besonderheiten
71 abzubilden und zügig Grüne Zonen zu errichten. Die zunächst lokale
72 Wiedergewinnung von Alltag und erweiterten Kontaktmöglichkeiten wird Mut und
73 Mitwirkungsbereitschaft der Menschen bei der Ausweitung und Stabilisierung der
74 Grünen Zonen deutlich stärken.

75 Die erfreuliche Beschleunigung der Impfungen, durch weitere Einbindung von Haus-
76 und auch Betriebsärzt*innen und der zügige Ausbau der Testinfrastruktur,
77 insbesondere im ländlichen Raum sind wichtige Bausteine zum Erreichen und
78 erhalten einer Niedriginzidenz und sollten uns ermutigen, eine solche Strategie
79 zu verfolgen.

80 **II. Verantwortung der Wirtschaft einfordern**

81 Ein Lockdown ist aus unserer Sicht nur wirksam, wenn auch die Arbeitswelt
82 einbezogen wird. Daher fordern wir eine zeitlich befristete aber rechtlich
83 verpflichtende, Umsetzung von Homeoffice, überall dort, wo es möglich und

84 notwendig ist, um so die Ansteckungsgefahr sowohl am Arbeitsplatz als auch auf
85 dem Arbeitsweg zu vermindern.

86 Wo weiterhin in Präsenz gearbeitet werden muss, müssen Unternehmen
87 verpflichtende Selbsttest für alle Arbeitnehmer*innen mindestens dreimal
88 wöchentlich durchführen sowie zusätzliche Abstands- und Masken- und
89 Hygieneregeln konsequent umsetzen. Die Kosten hierfür dürfen nicht bei den
90 Arbeitnehmer*innen abgeladen werden. Bei positiven Tests muss Clusterquarantäne
91 mindestens entsprechend der Quarantäneempfehlungen des RKI unbedingt
92 durchgesetzt werden.

93 Im Falle sehr hoher Inzidenzwerte in einzelnen Landkreisen sind für Betriebe mit
94 Arbeitsplätzen, für die keine Homeoffice-Lösungen möglich sind (z.B.
95 Produktionsarbeitsplätze) und die nicht der Daseinsfürsorge zuzurechnen sind
96 verpflichtende Betriebsruhen über einen bestimmten Zeitraum ins Auge zu fassen.

97 **III. Priorität für Schulen und Kitas**

98 Wir widersprechen ausdrücklich der Entscheidung, Schulen und Kitas
99 inzidenzunabhängig zu öffnen. Die letzten Tage zeigen, dass gerade bei Kindern
100 und Jugendlichen die Inzidenz weit über den Durchschnitt gestiegen ist.

101 Wir erkennen an, dass die Testpflicht ein bedeutender Baustein für eine sichere
102 Öffnung der Schulen ist, bei den aktuell hohen Inzidenzen aber ein falsches
103 Gefühl der Sicherheit vermittelt und nicht als Begründung für das
104 inzidenzunabhängige Offenhalten der Schulen dienen kann.

105 Wir wollen, dass diese Erkenntnisse und Erfahrungen endlich auch in das
106 politische Handeln der Staatsregierung einfließen. Wir sind überzeugt, damit
107 auch dem Willen vieler Eltern und Kinder zu entsprechen, die sich vor einer
108 SARS-CoV-2-Infektion im Kita- oder Schulbereich fürchten.

109 Wir unterstützen die Forderungen des offenen Briefs [3] und fordern jetzt:

110 1. Schließung aller Schulen und Kitas (außer Notbetreuung und Unterstützung für
111 Kinder und Familien mit besonderem Bedarf) bis die 7-Tages-Inzidenz wieder
112 deutlich unter 100 Fällen/100.000 EW gesunken ist und nicht ansteigt sowie eine
113 effektive Verfolgung und Eindämmung von Infektionsfällen durch zuverlässige
114 Ermittlung und Beobachtung der Risikoinzidenz nachhaltig möglich ist. Die
115 Öffnung von Schulen sollte Priorität gegenüber sonstigen Lockerungen haben und
116 nur schrittweise und unter intensiver Beobachtung des Infektionsgeschehens
117 geschehen. Die zunehmende Verlagerung der Infektionen in die jüngeren
118 Altersgruppen werden wir genau beobachten und die Kinder dementsprechend
119 schützen. Hohe Inzidenzen unter Kindern sind für uns auch bei gleichzeitig
120 niedriger Gesamtinzidenz nicht akzeptabel.

121 2. Etablierung von Unterricht in festen kleinen Gruppen als erster
122 Öffnungsschritt sowie Wechselunterricht auch in der Grundschule bereits unter
123 einer Inzidenz von 100. Die Lerngruppen können und sollen auch an
124 außerschulischen Lernorten und insbesondere im Freien zusammentreffen.

125 3. Möglichst häufige, mindestens dreimal wöchentliche Einzel-Tests vor
126 Schulbeginn aller Schüler*innen sowie Lehrer*innen und weiterer Schulseitiger
127 beim Betreten des Schulgrundstücks, Schaffung der Möglichkeit von Gurgel-PCR-
128 Tests als Pooltest, da diese eine höhere Aussagekraft besitzen und Infektionen
129 früher nachweisen können.

130 4. Die Einführung und Durchsetzung der Maskenpflicht an allen Schulen möglichst
131 weitgehend auch während des Unterrichts. Auch der im Wechselunterricht mögliche
132 Abstand von 1,5 m verhindert nicht die Ansteckung durch Aerosole, insbesondere
133 in nicht ausreichend belüfteten Klassenzimmern.

134 5. Die Anschaffung und sicheren Betrieb von Luftreinigern für Klassenzimmer, in
135 denen keine ausreichende Querlüftung möglich ist. Hierfür streben wir eine
136 Finanzierung durch Land und Bund an.

137 6. Bessere Voraussetzungen für häuslichen Unterricht sowohl im
138 Wechselunterricht, bei vollständiger Schulschließung als auch für die diejenigen
139 Schüler*innen, die sich gegen die Präsenz in der Schule entscheiden durch das
140 Sächsische Staatsministerium für Kultus, etwa durch Videoübertragungen,
141 Hilfestellung durch Pädagog*innen, Pädagogik-Studierende, Sozialpädagog*innen
142 und qualifizierte digitale Angebote. Dabei soll insbesondere auf die Bedürfnisse
143 von sozial benachteiligten Kindern und Familien sowie Kindern mit besonderem
144 Förderbedarf eingegangen werden und Unterstützungssysteme sowohl aus der
145 Zivilgesellschaft als auch aus bestehenden sozialpädagogischen Angeboten
146 gefördert werden.

147 Wir begrüßen darüber hinaus ausdrücklich die Abschaffung der Schulpräsenzpflicht
148 in der CoronaSchutzVO vom 29. März. Der Bildungsauftrag des Staates bleibt auch
149 für die Schülerinnen und Schüler erhalten, die sich für eine Abmeldung vom
150 Präsenzunterricht entschieden haben. Das Kultursministerium und die Schulen
151 dürfen keinen mittelbaren Zwang zum Schulbesuch ausüben.

152 Schüler*innen, die dem Präsenzunterricht fernbleiben, dürfen aber keine offenen
153 oder versteckten Nachteile sowohl beim Bildungsfortschritt als auch bei
154 Prüfungen erleiden. Die ggf. notwendige Betreuung der Kinder durch einen
155 Elternteil muss auch arbeitsrechtlich mit weiteren Fehltagen abgesichert werden

156 **IV. Grundrechte verteidigen - auch in der Pandemie**

157 Wir BÜNDNISGRÜNE verteidigen die Ausübung der Grundrechte. Auch in der Pandemie
158 dürfen sie nur im erforderlichen, notwendigen und angemessenen Ausmaß
159 eingeschränkt werden und auch nur solange keine grundrechtsschonenderen Lösungen
160 zur Verfügung stehen. Die weitgehende Erhaltung und Wiederherstellung der
161 Grundrechte ist nicht nur verfassungsrechtlich geboten und für eine lebendige
162 Demokratie unerlässlich, sondern auch Voraussetzung einer Zustimmung der
163 Bürger*innen zu den Schutzmaßnahmen. Auf der anderen Seite hat der Staat eine
164 Schutzpflicht für die Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger und gerade der
165 Schwächsten.

166 Im Nachhinein müssen wir feststellen, dass der Staat bei der Beschränkung der
167 zentralen Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Religionsfreiheit oder der
168 Berufs- und Gewerbefreiheit von Ladenbesitzer*innen Grenzen unzulässig
169 überschritten hat. Andererseits muss der Staat die Rechtsordnung auch
170 durchsetzen und nicht wie bei vielen sog. "Querdenker"-Demonstrationen
171 einknicken.

172 Wir wissen, dass gerade Ausgangssperren für viele Menschen und nach einem Jahr
173 Pandemie sehr schmerzliche Eingriffe in die persönliche Freiheit sind. Auch ist
174 die Ansteckungsgefahr in Innenräumen wesentlich höher als draußen. Wir
175 wollen uns hier auch angesichts der aktuellen Rechtsprechung des OVG Bautzen für
176 differenzierte Lösungen einsetzen.

177 **V. Parlamentsentscheidung und Expert*innenrat**

178 Wir fordern die Landtagsfraktion auf, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass der
179 Landtag seine Gesetzgebungsrechte und -pflichten auch in der Pandemie
180 vollumfänglich wahrnimmt. Demokratische Legitimation entsteht nur durch
181 Entscheidungen des gewählten Parlaments in der Sache. Nur Landtagsentscheidungen
182 gewährleisten eine offene und öffentliche Debatte über die notwendigen
183 Maßnahmen.

184 Damit die erforderlichen Maßnahmen sachgerecht vorbereitet, implementiert und
185 begleitet werden können, fordern wir die Einrichtung eines Rates von
186 Expert*innen unterschiedlicher Fachrichtungen. Dieser Pandemie-Rat berät
187 Staatsregierung und Landtag und gibt Empfehlungen ab.

188 [1] Epidemiologisches Bulletin vom 01.04.2021

189 [https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2021/Ausgaben/13_21.pdf?__b-](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2021/Ausgaben/13_21.pdf?__blob=publicationFile)
190 [-lob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2021/Ausgaben/13_21.pdf?__blob=publicationFile)

191 [2] ([https://www.institutmolinari.org/wp-content/uploads/sites/17/2021/03/etude-](https://www.institutmolinari.org/wp-content/uploads/sites/17/2021/03/etude-zero-covid2021_en.pdf)
192 [zero-covid2021_en.pdf](https://www.institutmolinari.org/wp-content/uploads/sites/17/2021/03/etude-zero-covid2021_en.pdf) , deutsche Artikel zur Studie

193 [https://www.rnd.de/wirtschaft/studie-no-covid-lander-haben-ihre-wirtschaft-am-](https://www.rnd.de/wirtschaft/studie-no-covid-lander-haben-ihre-wirtschaft-am-besten-geschutzt-l6TA2VIASZHTBFLFRPOT4U5DM4.html)
194 [besten-geschutzt-l6TA2VIASZHTBFLFRPOT4U5DM4.html](https://www.rnd.de/wirtschaft/studie-no-covid-lander-haben-ihre-wirtschaft-am-besten-geschutzt-l6TA2VIASZHTBFLFRPOT4U5DM4.html))

195 [3] [https://www.openpetition.de/petition/online/sichere-und-gerechte-bildung-in-](https://www.openpetition.de/petition/online/sichere-und-gerechte-bildung-in-sachsen-auch-waehrend-der-pandemie)
196 [sachsen-auch-waehrend-der-pandemie](https://www.openpetition.de/petition/online/sichere-und-gerechte-bildung-in-sachsen-auch-waehrend-der-pandemie)